

TOP:

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :Hauptamt

Datum Drucksache-Nr.:01-50-2017
15.06.2017

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	29.06.2017					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Einführung einer Einwohnerbeteiligungssatzung, Änderung der Hauptsatzung und Erlass einer Umfragesatzung
- Antrag der UWG/LGU-Fraktion -

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt,
1. Die Einführung einer Einwohnerbeteiligungssatzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremen - entsprechend Anlage 1.
2. Die Änderung zur Hauptsatzung der Stadt Kremen vom 26.03.2009 und geändert durch die Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremen vom 21.03.2013) - entsprechend Anlage 2.
3. Die Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Stadt Kremen - Umfragesatzung - entsprechend Anlage 3.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Fraktion
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung
Siehe Anlage!

.....

.....

.....

15. JUNI 2017 10:04:38

Arthur Förster
Dorfkern 11
16766 Kremmen

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Detlef Reckin
Ruppiner Chaussee 9a
16766 Kremmen

**Betreff: Aufnahme des Beschlussantrages auf die Tagesordnung der
Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2017**

Kremmen, den 13.06.2007

Sehr geehrter Herr Reckin,

Ich bitte Sie, den folgenden Beschlussantrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2017 zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Einführung einer Einwohnerbeteiligungssatzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen – **entsprechend Anlage 1.**
2. Die Änderung zur Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 26.03.2009 und geändert durch die Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 21.03.2013) - **entsprechend Anlage 2.**
3. Die Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Stadt Kremmen - Umfragesatzung - **entsprechend Anlage 3.**


Arthur Förster
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Zu den Formen der Bürgerbeteiligung verweist die Hauptsatzung der Stadt Kremmen bislang auf die Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung, Ausschusssitzung und Ortsbeiratssitzung und auf die Einwohnerversammlung.

Damit wird der gesetzliche Mindeststandard erfüllt, wenngleich weitere Formen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu einer größeren Wahrnehmung von Bürgerinteressen, von Meinungen und Anregungen führen könnten.

Echte Bürgerbeteiligung ist dabei nicht nur als Einbahnstraße dergestalt zu verstehen, dass den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt verbesserte Teilhabemöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Echte Bürgerbeteiligung ist vielmehr ein wechselseitiger Prozess. Denn auch für Verwaltungen ist von Interesse, wie ihr Handeln und ihre Entscheidungen von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt bewertet werden bzw. wie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ihre Stadtverwaltung als Dienstleister und Servicestelle wahrnehmen.

Aus den Erfahrungen anderer Städte hat es sich daher als sinnvoll erwiesen, die Möglichkeiten und Formen der Bürgerbeteiligung zu erweitern und diese neuen Varianten auch im kommunalen Satzungsrecht entsprechend zu verankern. Zu diesen neuen Möglichkeiten gehören die Einwohnerbefragung und die Einwohnerumfrage.

Daher wird eine Einwohnerbeteiligungssatzung eingeführt. Da sich die Aufzählung der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auch in der Hauptsatzung wiederfindet, ist auch diese entsprechend anzupassen.

Mit der Aufnahme der Einwohnerumfrage steht der Stadtverwaltung erstmals auch ein in das Satzungsrecht aufzunehmendes Instrument der eigenen Qualitätskontrolle mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, wenn es unter Beachtung der Maßgaben des Datenschutzes und des Statistikgesetzes darum geht, Erkenntnisse zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu einzelnen Lebensbereichen und zum Dienstleistungsverhalten der Stadtverwaltung zu erhalten und auszuwerten. Näheres zum Verfahren regelt eine Umfragesatzung.

Anlage 1

Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung-EbetS)

Aufgrund von § 13 Abs. 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Seite 286) und § 3 der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 26.03.2009 und geändert durch die Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 21.03.2013 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen in ihrer Sitzung am 29.06.2017 folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen (Einwohnerbeteiligungssatzung-EbetS) beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die in § 3 der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 26.03.2009 aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden folgende Einzelheiten bestimmt:

§ 2 Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung

- (1) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen sind alle Personen, die in der Stadt Kremmen ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Gemeindeangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den/die hauptamtliche/n Bürgermeister/in zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde).
- (2) Die Einwohnerfragestunde soll zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eröffnet werden und sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (3) Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen 3 Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.
- (4) Beschließt die Stadtverordnetenversammlung, Einwohner, die vom Gegenstand der Beratung betroffen sind, oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen. Sachverständige sind dabei Personen, die aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse und Ausbildung in der Lage sind, der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis von Tatsachen, Erfahrungen, Bewertungen und fachlichen Auffassungen zu vermitteln.

§ 3 Einwohnerversammlung

- (1) Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt Kremmen bzw. in den Ortsteilen durchgeführt werden.
- (2) Die Einwohnerversammlung wird von dem/der hauptamtliche/n Bürgermeister/in unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, einberufen. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der/Die hauptamtliche Bürgermeister/in oder eine von diesem/dieser beauftragte Personen leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt Kremmen bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, besitzen in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine

Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem/der hauptamtliche/n Bürgermeister/in und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.

- (3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Gemeindeangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens 2 v. H. der Einwohner der Stadt Kremen unterschrieben sein.

§ 4 Einwohnerbefragungen

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (§ 2 BbgKVerf) eine Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner des gesamten Stadtgebietes oder einzelner Stadtteile beschließen.
- (2) Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Kremen, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Die Fragen sind grundsätzlich so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Eine Auswahl zwischen unterschiedlichen Varianten ist möglich.
- (4) Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Stadtverordnetenversammlung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und bekannt gemacht.
- (5) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt der/m hauptamtliche/n Bürgermeister/in.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Anlage 2

2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 26.03.2009 und geändert durch die Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 21.03.2013

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat in ihrer Sitzung am 29.06.2017 folgende Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen beschlossen:

1.

§ 3 Abs. 1 der Hauptsatzung (Einwohnerbeteiligung und -unterrichtung) wird wie folgt neu gefasst:

(1) Neben Einwohneranträgen (§ 14 BbgKVerf), Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (§ 15 BbgKVerf) beteiligt die Stadt ihre betroffenen Einwohner in wichtigem Gemeindeangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:

1. Einwohnerfragestunden der Stadtverordnetenversammlung, Ausschusssitzung und Ortsbeiratssitzung
2. Einwohnerversammlungen
3. Einwohnerbefragungen
4. Einwohnerumfragen

2.

§ 3 Abs. 2 und 3 werden gestrichen und ersetzt durch

(2) Die Einzelheiten der in Abs. 1 Nr. 1 bis 3 genannten Formen der Einwohnerbeteiligung werden in einer Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Kremmen näher geregelt. Die Einzelheiten der Einwohnerumfragen (Abs. 1 Nr. 4) werden in einer Umfragesatzung der Stadt Kremmen näher geregelt.

§ 3 Abs. 4 und 5 bleiben unberührt und Abs. 6 geändert zu

(6) Ein Einwohnerantrag (§ 14 BbgKVerf) muss von mindestens 3 vom Hundert der Antragsberechtigten unterzeichnet sein.

§3 Abs. 6 erhält die Nummer 7

3.

Die Änderung der Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

...

Anlage 3

Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Stadt Kremmen - Umfragesatzung

Aufgrund von § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19] Seite 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.01.2012 (GVBl. I/12, [Nr. 01, berichtigt GVBl. I/12 Nr. 7]) und der §§ 10 Abs. 1 und 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik im Land Brandenburg (Brandenburgisches Statistikgesetz BbgStatG) vom 11.10.1996 (GVBl. I 96, [Nr. 23], Seite 294), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 13. Dezember 2005 zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften vom 20.04.2006 (GVBl. I/06, [Nr. 04], Seite 46) hat die Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Art und Zweck der Umfragen

- (1) Die kommunale Statistikstelle (Statistik und Wahlen) der Stadt Kremmen kann standardisierte Umfragen auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe durchführen.
- (2) Zusätzlich können Umfragen im Auftrag der Fachverwaltung zu fachspezifischen Themen von der kommunalen Statistikstelle bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung unterstützt und begleitet werden.
- (3) Zweck der Umfragen soll es sein, ein informelles, aktuelles und repräsentatives Bild der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger unter anderem über die Lebens-, Arbeits-, Versorgungs-, Freizeit- und Wohnbedingungen sowie über die Dienstleistungen der Stadtverwaltung zu gewinnen.

§ 2

Befragungseinheiten und Stichprobenauswahl

- (1) Bei den Umfragen nach § 1 Abs. 1 bilden Einwohner, die in der Stadt Kremmen mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, die Befragungseinheit. Die repräsentative Stichprobe, die ca. 4 % der jeweiligen Grundgesamtheit umfasst, wird durch ein mathematisches Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Kremmen ermittelt und an die kommunale Statistikstelle übergeben.
- (2) Bei den Umfragen nach § 1 Abs. 2 kann der Stichprobenumfang variieren, um ein repräsentatives Umfrageergebnis zu erhalten. Neben der zufälligen Stichprobenauswahl kann ein willkürliches oder bewusstes Auswahlverfahren zur Bestimmung der Stichprobe angewendet werden. Die Befragungseinheiten müssen nicht mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Stadt Kremmen gemeldet sein.

§ 3

Gegenstand der Umfragen

Zum Gegenstand der Umfragen gehören:

1. Personenbezogene demografische Angaben, insbesondere das Alter, das Geschlecht, der Familienstand, der Migrationshintergrund, der höchste Schul- und Bildungsabschluss und die berufliche Stellung sowie Daten zur Erwerbstätigkeit,
2. Haushaltsbezogene Angaben zur wirtschaftlichen Situation, zur Wohnung und zur Ausstattung der Haushalte,
3. Einstellungen, Wünsche und Meinungen zu den eigenen Lebensverhältnissen, zu Zukunftsperspektiven und zur Sicherheit, zu Infrastruktureinrichtungen und deren Nutzung, zu Mobilitäts- und Freizeitverhalten, zu Umweltverhältnissen und Umweltverhalten, zu Belangen, die für die städtische Planung von Bedeutung sind, zur Bürgerbeteiligung, zum Image der Stadt sowie zu den Dienstleistungen und dem Serviceverhalten der Stadtverwaltung.

§ 4

Hilfsmerkmale

Hilfsmerkmale zur technischen Durchführung der Stichprobenziehung ergeben sich aus dem Brandenburgischen Statistikgesetz in Verbindung mit dem jeweils gültigen Meldegesetz für das Land Brandenburg. Sie werden getrennt von den Erhebungsmerkmalen zur Durchführung der Umfragen genutzt. Die Hilfsmerkmale werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt gelöscht.

§ 5

Durchführung der Umfragen

- (1) Die Umfragen werden schriftlich, online, mündlich oder in einer Kombination dieser Befragungsform durchgeführt.
- (2) Die zu befragenden Personen sind schriftlich oder elektronisch gemäß § 20 BbgStatG zu unterrichten.
- (3) Für Umfragen wird ein standardisierter Fragebogen verwendet, der mit einem variablen Teil erweitert wird. Der Umfragezeitpunkt und die Umfragedauer werden durch die kommunale Statistikstelle festgelegt.
- (4) Für die zu erfragenden Angaben besteht keine Auskunftspflicht. Sowohl die Teilnahme als auch die Beantwortung aller Fragen ist freiwillig. Eine Weitergabe von Einzeldaten an andere Verwaltungsstellen oder eine Zusammenführung von Daten mehrerer Verwaltungsstellen findet nicht statt. Der Datenschutz wird vollständig gewährleistet.

§ 6

Geheimhaltung

Die Einzelangaben der Umfrage unterliegen der Geheimhaltung nach § 18 BbgStatG.

§ 7

Vernichtung der Umfrageunterlagen

Die Umfrageunterlagen für die Statistiken einschließlich der Hilfsmerkmale sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens ein halbes Jahr nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit, zu vernichten.

§ 8

Kosten

Die Kosten von Umfragen werden von der Stadt Kremmen getragen.

§ 9

Veröffentlichung

Die Ergebnisse der durchgeführten Umfragen sind unter Beachtung des Brandenburgischen Statistikgesetzes und des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes öffentlich zugänglich zu machen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

